

Sind wir ein Volk Krimineller ? Wo beginnt das Verbrechen ?

Tommi Sander ist am 26.06.2007 in Aschersleben von einem Richter zu 10 Tagessätzen á 10 € verurteilt worden. Er hatte mit Erwerbslosen im dortigen EDEKA-Markt Baguette, Wert 95 Cent, verzehrt.

Dem Anmelder der Montagsdemo in Hannover drohte per Strafbefehl ein Bußgeld von 20 Tagessätzen, nur weil er das im Grundgesetz verbürgte Recht auf freie Meinungsäußerung auch mittels einem offenen Mikrofon ungehindert ausüben wollte. Der Richter in Aschersleben statuierte offensichtlich ein Exempel. Die Richterin in Hannover ließ sich nicht direkt vor den Karren der Herrschaftsinteressen spannen. Sie entspannte die Lage durch ein Vergleichsangebot, das die endgültige Entscheidung, erst ab 50 Demonstranten die Verwendung von Lautsprechern zuzulassen, dem angerufenen Verwaltungsgericht beläßt. Preiserhöhungen der in Hannover öffentlich mit Steuergeldern gestützten üstra Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft erscheinen hingegen legal. Massen-Kriminalisierung von Menschen, die sich kurz vor Monatsende keinen GVH-Fahrschein mehr leisten können, werden regelmäßig



Foto: Putzenberger/München 2003

üstra: Fette Beute mit Polizeihilfe kurz vor Monatsende durchgeführt. Die Polizei, Dein Freund und Helfer, war mit einer Staffel von ca. 15 Beamten bei diesen "Überfall" dabei, um am 22.06.2007 stundenlang die Station "Aegidientor" auf allen Etagen hermetisch abzuriegeln, den ca. 20 üstra-Kontrolleuren Schützenhilfe beim Abzocken der "Kundschaft" zu leisten. @lptraum berichtete bereits mehrfach darüber, dass die üstra mit diesem "erhöhten Fahrgeld" satte Einnahmen von jährlich ca. 2 Millionen Euro einfährt. Aber GENUG ist nicht GENUG, die mit Hilfe der Polizei einzutreibenden Gewinne müssen noch profitabler werden ? **Strafgeld als eine Bar-Einnahme der üstra wird in Bälde von 40,- € auf 80,- € angehoben.** Mitnahme von Fahrrädern zu nicht vom GVH freigegebenen Zeiten ist

auch als eine neue üstra-Einnahmequelle erschlossen: abgezockt wird seit dem 14. Mai 2007 von Montag bis Freitag in der Zeit vor 8.30 Uhr sowie von 15.00-19.00 Uhr.

Fette Beute mit Polizeihilfe ?

Vordringlich wäre jedoch über Fahrpreis-Senkungen, über die Einführung von Sozialtarifen nachzudenken. Die überfallartigen Attacken unfreundlicher "Kopfgeldjäger" sind unverzüglich zu stoppen.

Der üstra-Service ist zum Wohle der Fahrgäste zu verbessern !

Auf keinen Fall durch den Einsatz von 1-€-Jobbern, die vom JobCenter auch noch Prämien mitbringen. Ständige Kontrollen stellen ganze Bevölkerungsgruppen unter Generalverdacht. Beweislastumkehr stellt den für alle geltenden Rechtsgrundsatz "Unschuldsumkehr" ausgerechnet für Bedürftige, die oft rechtsunkundig sind und kein Geld für Rechtsberatung haben total auf den Kopf. Wie verkommen müssen diese Politiker sein, die derartige Gesetze befürwortet haben ? Wie verdorben sind die Paragrafenreiter, die in den JobCentern wider besseren Wissen Urteile ignorieren, Bedürftige schikanieren ? (HaDe)

Der polizeiliche Staatsschutz

ermittelt gegen Steinwerfer, die in der Nacht zum 9.06.07 in Neukölln Fensterscheiben des Jobcenters der Agentur für Arbeit in der Sonnenallee einwarfen ?

Polizeilicher Staatsschutz ? Hieß dieser in der DDR nicht in Kurzform "Stasi" ?

Die Staatsanwaltschaft Hannover

verfolgt Demonstrationsleiter, die Meinungen von Bürgern mit einem offenen Mikrofon abfragen, per Lautsprecher in Hannovers Innenstadt hörbar machen.

Polizeiliche Willkür ? Heißt der hannoversche Polizeipräsident Klosa ?

Die Bundeswehr im Auslandseinsatz

verfolgt in Afghanistan mit Kampfflugzeugen die dortigen Aufständischen, die sich den Besatzungsmächten und Landlords entgegen stellen.

Militärische Willkür ? Hießen Freiheitskämpfer nicht Partisanen ?

Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder Sozialgeldempfänger ?

Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. **Kontakte siehe letzte Seite**

@lptraum - eine kostenlose Zeitung der Projektgruppe gegen die Agenda 2010

Wir treffen uns z.B. jeden Montag 18.00 Uhr bei der Montagskundgebung am Schillerdenkmal.

MitstreiterInnen sind herzlich willkommen !

www.alptraum.org - info@gegen-sozialabbau.de



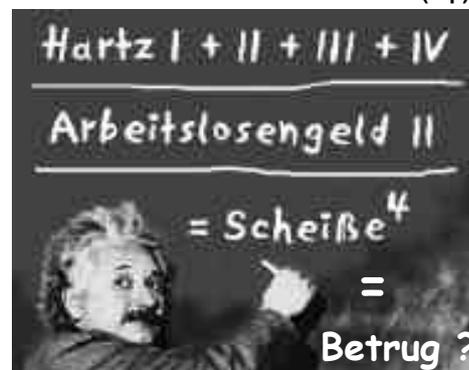
“Schweigen per Dienstanweisung” zu dem “Sozialticket” in Hamburg

Dienstanweisung an ARGE-Mitarbeiter fordert dazu auf, Möglichkeiten zur preiswerten Nutzung des Nahverkehrs nicht bekannt zu machen

Zum 1. Juli wird es in Hamburg ein Sozialticket für Erwerbslose geben. Fahrgäste mit Wohnsitz in Hamburg, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld erhalten, können dann für ihre Tickets im öffentlichen Nahverkehr einen monatlichen Rabatt von fünf Euro beantragen. Das hatte der CDU-Senat Anfang des Jahres beschlossen, um - wie er es darstellte - den Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit zu entsprechen. Doch damit “der Arbeitsaufwand so gering wie möglich gehalten” wird, will die für die Betreuung Langzeitarbeitsloser zuständige ARGE das Sozialticket möglichst geheimhalten. Während jegliche Werbung dafür unterbleiben soll, werden

entsprechende Anträge erst dann herausgegeben, wenn ein Erwerbsloser direkt danach fragt. So jedenfalls steht es in einer Dienstanweisung für die Fallmanager der ARGE, die das Hamburger Abendblatt jetzt auszugsweise veröffentlichte. Dort heißt es u.a., dass die ARGE-Sachbearbeiter statt dessen auf den ebenfalls ab 1. Juli neu herausgegebenen Hamburger Familienpass verweisen könnten. Denn auch dieser bringe für den öffentlichen Nahverkehr eine Einsparung von fünf Euro im Monat. Doch der Familienpass kostet bei seiner Ausstellung Geld und ist für alleinstehende Erwerbslose außerdem nicht nutzbar. “Wir kennen diese Dienstanweisung nicht”, so versuchte sich am Montag die Sprecherin der Sozialbehörde, Jasmin Eisenhut, aus der Affäre zu ziehen. Von einem “Büroversehen” sprach indes der

Leiter der ARGE, Thomas Bösenberg (CDU). Die Dienstanweisung eines “übereifrigen Mitarbeiters” will er nun zurückziehen. (Alp)



Albert Einstein im Juli:
“Eine neue Art von Denken ist notwendig, wenn die Menschheit weiterleben will.”
 (Albert Einstein 1879-1955)

Öffentlicher Nahverkehr Hannover: Tickets werden 3,1 Prozent teurer

Die Fahrpreise im öffentlichen Personennahverkehr der Region steigen weiter: Im Dezember klettern die Tarife durchschnittlich um 3,1 Prozent. Das Kurzstreckenticket wird um zehn Cent

(dann 1,30 Euro) teurer, ebenso das Tageseinzelticket. Die Verkehrsunternehmen erhoffen sich Mehreinnahmen von 5,6 Mill. Euro. Laut einer Studie handelt es sich um eine “moderate Anhe-

bung”. Sie liegt im bundesweiten Durchschnitt. “Wir befürchten eine Fahrgastflucht, so dass die Erhöhung keine Mehreinnahmen bringt”, so Oliver Brandt (CDU) im Verkehrsausschuss. (ErSt)

üstra - @lptrahafter “Service” nicht nur beim Bus-Betrieb ?

“Auskunft gibt's hier nicht. Steig ein oder geh zu Fuß!”

Busfahrer zu einer älteren polnischen Dame, die ihn fragte, ob die Linie auch über den Küchengarten fährt... (ErSt)

Quelle: STADTKIND hannovermagazin 06/07

Wir unterstützen die Erklärung des Sozialbündnis Hannover und treten für die Schaffung eines **SozialTickets** für Hannover ein:

DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Ev.-luth.Industriefarramt (KDA), Redaktion Alptraum, Ev.-luth.Stadtkirchenverband Hannover, Arbeitslosen Zentrum Hannover (ALZ), ver.di Ortserwerbslosenausschuss Region Hannover, Arbeitskreis Arbeitslose Linden, IG Metall Erwerbslose Hannover, Kulturzentrum Pavillon (BI Raschplatz e.V.), Kabarettist Dietrich Kittner (KKK), Prof. Dr. Peter Grottian (FU Berlin), Arbeitskreis "Recht auf Mobilität" Berlin, Werkstatt Süd, DROP IN - FixPunkt (Step), VVN / Bund der Antifaschisten e.V. Hannover, AStA Uni-Hannover, Leibniz Universität Hannover, Friedensbüro Hannover e.V., Diakonisches Werk Hannover, attac Hannover, Bündnis für Soziale Gerechtigkeit (BSG), Das Linksbündnis.Region Hannover, Die Linke.PDS Region Hannover, DKP Kreisvorstand Hannover, WASG Ortsverband Lehrte, Linksruck Hannover, Hannoversches Frauenbündnis, Bürgerinitiative Gartenhaus e.V., Sozialistisches Café Hannover, Türk.Kiosk Leinaustr.16, AllerWeltsLaden Linden, Marxistisch-Leninistische Partei (MLPD) Hannover, Arbeits- und Sozialberatungs-Gesellschaft e.V. (ASG), Bündnis Montagsdemo Hannover, Interkulturhaus Kargah e.V., Sozialinitiative Linden-Limmer e.V. (S.I.L.L.), Projektgruppe "Agenda-2010-kippen", Erwerbsloseninitiative Hannover-Nordstadt, Querkunst Hannover e.V., Bündnis Zukunft Hannover, Initiative Offenes Mikrofon Hannover, Prof. Rainer Roth (AG TuWas Frankfurt/M.), IG Metall-Erwerbslose Wolfsburg, AFRICA-Forum Hannover, radio flora - Hannovers Regionalsender

Kontakt: **SozialTicket**-Initiative Hannover, c/o KDA Industriefarramt, DGB Hannover, Redaktion **@lptraum**.

“ALP-Traum” ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe “Agenda 2010 kippen” Hannover
 Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0151 / 16 56 24 31

@lptraum-Redaktion (Alp) - Fotos / Beiträge / Gastbeiträge: Dolf Mielenhausen (DoMi), Tel. 16 22 361

Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover

www.alptraum.org, Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: info@gegen-sozialabbau.de

@lptraum erscheint monatlich, Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung

Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.

Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papiaerausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

Auch im Jahre III nach HARTZ IV: “Ein GVH-SozialTicket fordern wir !”



Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen ?

| | |
|---------------------------------|--------------------------------|
| ASG, Walter-Ballhause-Str. 4 | Termin vereinbaren, 44 24 21 |
| ALZ, An der Christuskirche 15 | Termin vereinbaren, 167 686-0 |
| IG Metall, Postkamp 12 | Termin vereinbaren, 124 02-45 |
| ver.di, Goseriende 10 | Termin vereinbaren, 12 400-0 |
| SoVD, Herschelstr. 31 | Termin vereinbaren, 70 14 8-21 |
| SvDK, Rote Reihe 15 | Termin vereinbaren, 1 31 72 20 |
| pro familia, Goseriende 10 | Termin vereinbaren, 36 36 06 |
| [ka:punkt], Grupenstraße 8 | Termin vereinbaren, 27 07 39-0 |
| Ombudsmann e.V., im FZH Stöcken | Telefon, demnächst im Alptraum |

Zu Risiken und Nebenwirkungen: Erwerbsloseninitiativen befragen!
Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, erheben Gebühren. Sie sind oft sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen!

Betrug im JobCenter Region Hannover - Geld unterschlagen !

Riesenbetrug bei der Auszahlung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld: Eine städtische Mitarbeiterin hat in einem JobCenter der Region Hannover über Jahre mindestens 120.000 € auf eigene Konten umgeleitet. Dafür nutzte sie z.B. ganz gezielt die Namensgleichheit mit einer Hilfeempfängerin aus. Die städtische Mitarbeiterin, die seit zweieinhalb Jahren im Rahmen von Hartz IV an das JobCenter Hannover abgeordnet ist, hat über Jahre Zahlungsanweisungen zu ihren Gunsten gefälscht und so wöchentlich Hilfszahlungen aufs eigene Konto umgeleitet. Nach Angaben von Sozialdezernent Thomas Walter hat die Frau durch ihre Trickserien mindestens 120.000 € ergaunert. Der größte Teil des Schadens, 100.000 €, ist nach NP-Infos in den vier Jahren entstanden, als die Bedienstete noch im Sozialamt der Stadt tätig

war. Die Prüfungen sind noch nicht in allen Fällen abgeschlossen.

Walter: *"Hier ist mit erheblicher krimineller Energie vorgegangen worden. Die Beschuldigte hat zum Beispiel ganz gezielt die Namensgleichheit mit einer Hilfeempfängerin ausgenutzt, Kontonummern gefälscht und Akten nur für bestimmte Zeiträume verändert."*

Mit durchschnittlich einer Fälschung pro Woche habe sie ihre Manipulationen so geschickt platziert, dass der Betrug trotz Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips und regelmäßiger Überwachung so lange nicht aufgefallen sei.

Die Betrügerin hat außerdem wiederholt Zahlungen an erfundene Personen angewiesen. Aufgeflogen ist der Schwindel nach Auskunft von JobCenter-Sprecherin Stefanie Helderemann bei einer internen Prüfung durch die Teamleitung. Die kontrolliere regelmäßig alle Erst-

allerdings nicht die Folgeanträge. Die Stadt Hannover hat die Angestellte umgehend gefeuert und Strafanzeige erstattet. *"Selbstverständlich werden wird-abhängig vom Ausgang des Strafverfahrens - auch zivilrechtliche Erstattungsansprüche geltend machen"*, so Walter. Für den bei der Stadt verbliebenen Bereich der Sozialleistungen kündigte er eine eingehende Schwachstellenanalyse an. *"Zwar gibt uns das Datenschutzrecht einige Schranken auf, aber wir werden alles Mögliche tun, um einen derartigen Vorfall, der bisher in Hannover ohne Beispiel ist, zukünftig zu verhindern"*, so Walter.

@lptraum erinnert hier an die **"Parasiten & Sozialschmarotzer-Hetzkampagne"** gegen Hartz-IV-BezieherInnen vom Oktober 2005.

Quelle: NP ePaper Nr. 137)

Infos: www.neuepresse.de (ErSt)

Leserbrief eines Staatssekretärs (MdB) an NP zum Artikel von Vera König ?

Staatssekretär Gerd Andres, MdB, meldete sich zum NP-Artikel vom 28.06.07: **"Das Schweigen des Staatssekretärs"** von Vera König. Der ehemalige Schlosser Gerd Andres weiß es immer besser, fühlt sich durch Kritik an seiner Person stets verunglimpft. Hat er nach eigener Aussage doch großen Anteil an den Vorplanungen und an der Umsetzung dieses Chaos, dass sich seit anno 2005 HARTZ-IV-Gesetz nennt.

Arbeit entwerten, Arbeit billigmachen so die erkennbare Zielsetzung aus dem "Arbeitsministerium" des Herrn Clement. Für die in den Bundestag aufgestiegenen sozialdemokratischen Empor-

kömmlinge ohne Skrupel erfüllbare Aufgaben, die im Falle Schröder bekanntermaßen zu einem Gasprom-Job führte. Millionen von vormalis existenzsichernden Beschäftigungsverhältnissen sind hingegen durch den Zwang, jegliche Arbeit und zu jeder Bedingung annehmen zu müssen, bereits vernichtet oder abgewertet. Gerd Andres fühlt sich missverstanden: **Es gäbe keine Massenentlassungen in den JobCentern. "Bereits in den Haushaltsverhandlungen 2006 spielte die Übernahme oder Verlängerung befristeter Beschäftigungsverhältnisse eine große Rolle in meiner**

Arbeit. 4800 Stellen wurden vom Haushaltsausschuss bewilligt. Möglicherweise kommen nochmals 5000 Bewilligungen hinzu. Beide Entscheidungen führen dazu, dass bundesweit - aber auch in Hannover - viele befristete Beschäftigte weiter beschäftigt werden können."

Gezielte Desinformation oder Unwissenheit über zugesagte Hilfen aus dem Staatssekretariat ? Bekannt ist, das JobCenter-Chef Thomas Heidorn keine direkte Einflussnahme auf die von der BA in Nürnberg verwaltete Personalpolitik nehmen kann. **"Höhere Politik", die stets das Chaos schafft ? (Alp)**

Unterstützt unsere ehrenamtliche @lptraum Arbeit. Spendenkonto:
H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion @lptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch. Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich. Bei Spendenzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papieraussgaben @lptraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.



Circa 1.200 Mitarbeiter sind in 16 JobCentern u.a. Ansprechpartner für "Kunden"

Meldet Vorkommnisse mit Ämtern - wir veröffentlichen !

Beim nächsten Amts-Besuch, zum JobCenter, zum Sozialamt oder zum Wohnungsamt, empfiehlt das ArbeitsLösenPresse-Traumteam, einfach Papier und Stift, auch einen Freund oder eine Freundin mitzunehmen, das Erlebte aufzuzeichnen, zu skizzieren. Es werden zu diesen Themen weiterhin kreativ-zornige AutorInnen bzw. Material-

SammlerInnen gesucht !

Greift zu eurer spitzen Feder ! Falls Ihr euch selbst als nicht so begabt einstuft, so liefert uns doch bitte gut fundierten Geschichtsstoff, der **den Wahnsinn der neoliberalen Politik** anhand sich tatsächlich zugetragenen Begebenheiten **aufzeigen und entlarven** kann.

Wichtig ist, dass wir den Lügen und

der gezielten Desinformation entgegenzutreten. Jeden 3. Dienstag im Monat 18.03-19.00 Uhr stellen wir als Redaktion "Politbüro" Öffentlichkeit auch im Bürgerfunk her. (Alp)

alptraum@radioflora.de



UKW 106,5 | Kabel 102,15 MHz

Leserbrief bzw. Beitragangebot an @lptraum - ein Schuss nach hinten ?

Wie in den meisten Redaktionen üblich, schützt auch @lptraum seine Informanten und Anbieter von Beiträgen und Leserbriefen.

Leider erhalten wir nur wenige druckreife Beiträge, wir recherchieren selbst, gehen Meldungen und Informationen nach, die uns per Pressemitteilungen, email-Sendungen oder mündlich übertragen werden. Wie auch bei anderen Presseorganen üblich, gibt es auch beim @lptraum kein absolutes Anrecht auf eine Veröffentlichung von eingesandten Beiträgen. Mit Meldungen, die u.U. auch unmittelbar von uns bekannten MitarbeiterInnen der JobCenter kommen, ist nicht nur der Schutz dieser Personen zu gewährleisten, auch ist zu beachten, ob in diesen Meldungen vielleicht nicht gezielt Desinformationen eingebettet sind.

Warum dieser lange Vorspann ?

Seit Jahren sind im Erwerbslosenaus-schuss bei ver.di auch Gäste zugelassen, die nicht selbst den Status "erwerbslos" erfüllen. Da kommt schon mal und durchaus regelmäßig eine Ratsfrau der Grünen vorbei, Rentner beeinflussen die Meinungsbildung im ver.di-Erwerbslosenkreis, auch ein Mitarbeiter des JobCenters gibt sich dort regelmäßig die Ehre. Das alles wäre überhaupt nicht erwähnenswert, wenn nicht ausgerechnet von dieser Person an @lptraum im Dezember 2006 die Anforderung gestellt worden wäre, ein so genanntes Märchen, Interna aus dem ver.di-Treff, zu veröffentlichen. Es folgte auch die Aufforderung, über einen Beschluss von 1918 der Sowjet-Regierung zu Zwangsarbeit in der Sowjet-Union zu

berichten. Selbstverständlich hat @lptraum mit email vom 10.01.07 dem Einsender unverzüglich mitgeteilt, dass eine Veröffentlichung nicht dem Informations-Anspruch der Redaktion entspricht. Schließlich wollen wir für unsere Leser vorrangig die Themen aufbereiten, die unmittelbar und im Zusammenhang mit den Zwängen und Anforderungen in der Jetztzeit stehen, möchten uns nicht in Themen verlieren, die von den eigentlichen Problemen, verursacht durch eine unfähige Arbeitslosigkeits-Verwaltung, ablenken lassen.

Der beim JobCenter beschäftigte ver.di-Kollege nutzt derzeit seine Energie, @lptraum zu diffamieren.

Insoweit erachten wir es als nicht konstruktiv, seine jetzt als Handzettel verteilten Beiträge zu kommentieren (HaDe)

154 Mitarbeiter im Jobcenter Region Hannover bald arbeitslos !

wie von @lptraum in Ausgabe 3/2007 berichtet, dank Personalpolitik der BA verlieren 154 Mitarbeiter des Jobcenters der Region Hannover selbst ihren Job. Die ersten der befristeten Verträge laufen in wenigen Tagen aus, von 224 werden nur 70 übernommen.

Am 26.06.2007 demonstrierten die Beschäftigten vor der Arbeitsagentur gegen das Ausbluten der Hartz-IV-Behörde. "Unsere Arbeit wird gegen die Wand gefahren", warnt auch deren Chef Thomas Heidorn. An einer fristgemäßen Auszahlung von Leistungen sei bald nicht mehr zu denken. Von seinen 1200 Mitarbeitern haben 394 befristete Verträge. Die ersten 224 laufen in diesem Jahr aus.

Zusagen des Bundes, ein Großteil könne weiterarbeiten, gelten nicht mehr. Nur 70 Männer und Frauen haben die Aussicht auf einen neuen Arbeitsvertrag. Der Rest demonstrierte mit einem Trauerzug vor dem Arbeitsamt Hannover in der Brühlstraße gegen die Misere.



Trauer-Demo der JobCenter Mitarbeiter (Foto: Surrey)

Eigentlich wollten sich die "freien" Mitarbeiter pflichtgemäß am Schalter drinnen arbeitslos melden. Per Rundschreiben gab es aber die Anweisung "Diese sollen aber nicht ins Haus gelangen". Folge: Der Protest vor der Tür blieb drinnen weitgehend ungehört. Das Ausmaß der Entlassungen werden schon in den nächsten Wochen die Leistungsempfänger zu spüren bekommen, warnt Thomas Heidorn: "An eine fristgemäße Auszahlung ist nicht mehr zu denken." Das trifft vor allem kleinere Jobcenter wie in Lehrte, wo von 24 Mitarbeitern 15 einen befristeten Vertrag haben und gehen müssen.

"Als das Hartz-IV-Gesetz kam, sollte jeder persönliche Ansprechpartner im Jobcenter 150 Betreuungsfälle haben", schildert Volker Zimmermann. Er müsse jetzt schon versuchen, 286 Menschen ordentlich zu betreuen, zu helfen. "Laufen die Verträge aus, haben wir Fallzahlen von 400 und mehr.

Das Jobcenter betreut derzeit mit 1200 Mitarbeitern 120 000 Menschen in der Region Hannover. Fast jeder vierte, der Langzeitarbeitslose in Arbeit bringen soll, hat selber nur einen befristeten Vertrag, ist von Arbeitslosigkeit bedroht. Panikmache, so Kritik von Klaus Brauer, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion. Thomas Heidorn, Geschäftsführer der Jobcenter in der Region Hannover, sei nicht mehr im Amt zu halten. Klaus Brauer gibt seinem SPD-Freund Gerd Andres Schützenhilfe. Nach Ansicht von @lptraum sind durch Thomas Heidorn positive Gespräche zugunsten Erwerbsloser initiiert. Ein Grund zum Abschuss ? (Alp)



Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:

H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch. Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich. Bei Spendezahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papierausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.



Sommerfest 11.08.2007 im Gartenhaus - Unterstützung gesucht !

Die Bürgerinitiative Gartenhaus Nordstadt e.V. braucht dringend **Unterstützer** ! Es ist schon erstaunlich, wie viele destruktive Kräfte über das Gartenhaus bestimmen und urteilen. Geht es jedoch um eine konkrete Hilfe, so sind diese "Verbündeten" wie vom Erdboden verschluckt. Statt Hilfen nur anonyme Anzeigen, die dank der Umsicht des neuen Vorstandes des Vereins weitgehend ins Leere liefen. Trotzdem eine massive Behinderung des Normalbetriebes des Gartenhaus, das jeden Besucher "in einem Haus voller



Foto: Gartenhaus Am Judenkirchhof 11c (HaDe)

Leben" freundlich und zu niederschwel-

ligen Freizeitaktivitäten begrüßt. Das geht aber nicht mehr zum Nulltarif. Sanierungskosten zur Denkmalspflege sind aufzubringen, Bürgschaften zur Kreditierung müssen gesammelt werden, endlich eine ordentliche Finanzierung durch Mieteinnahmen durchgesetzt werden. Die Phase der Duldung einer kostenarmen Nutzung durch das Land Niedersachsen währt nicht ewig. Das Gartenhaus braucht viele Freunde und Unterstützer. Zu einem Sommerfest lädt es am 11.08.2007 ab 16.00 Uhr jedermann und jedefrau herzlich ein. (Alp)

ALG-II-Empfänger müssen zu viel gezahltes Geld nicht zurückgeben

Arbeitslosengeld-II-Empfänger müssen in der Regel zu hoch berechnete Leistungen nicht zurückzahlen. Das hat das Hessische Landessozialgericht entschieden. Die Richter erklärten, ein Hilfsbedürftiger müsse darauf

vertrauen können, dass die Arbeitsagenturen und Kommunen das Arbeitslosengeld II korrekt berechneten. **Falls die Behörden versehentlich zu viel gezahlt hätten, könnten sie die Leistung nur für die Zukunft neu fest-**

legen. Zurückgeben müsse ein Empfänger das Geld nur, wenn er es sich mit falschen Angaben, durch Drohungen oder Bestechung verschafft habe.

(AZL 9 AS 33/06)

(Alp)

www.rechtsprechung.hessen.de

Landessozialgericht Hessen: Rückforderung ALG II nur individuell !

Arbeitsagenturen und Kommunen haben bei zu Unrecht gezahlten Leistungen gegenüber arbeitslosen Hilfeempfängern unter bestimmten Voraussetzungen ein Rückforderungsrecht. Die Rückforderung darf sich jedoch immer nur individuell an eine konkrete Person richten, nicht generalisierend an ganze Bedarfsgemeinschaften. Dies entschied in einem bereits am 12.03.2007 veröffentlichten Urteil der **9. Senat des Hessischen Landessozialgerichts.**

Im konkreten Fall hatte ein 37-jähriger Erwerbsloser aus Kassel für sich, seine Frau und 2 Kinder ALG II-Leistungen beantragt. Die Arbeitsförderung Kassel

stellte, da der Mann gleichzeitig Unterhaltsgeld erhielt und dies bei der Berechnung seiner ALG II-Leistungen nicht berücksichtigt worden war, Rückforderungsansprüche und verlangte die Erstattung "**zu Unrecht gezahlter Leistungen**" in Höhe von knapp 1.500 Euro. Dazu zählten nicht nur Leistungen, die der BG-Haushaltsvorstand erhalten hatte, sondern auch solche, die seiner Frau und seinen Kindern gewährt worden waren. Im Gegensatz zur ersten Instanz verneinten die Darmstädter Richter einen Rückforderungsanspruch der Behörde, soweit er sich auf die gesamte Familie bezieht. Da es keine Gesamtansprüche von Bedarfsgemein-

schaften, sondern immer nur individuelle Ansprüche von Mitgliedern in denselben gebe, könnten Rückforderungen auch nie gegen Bedarfsgemeinschaften geltend gemacht werden. Im übrigen verneinten die Darmstädter Richter im vorliegenden Fall generell einen Rückforderungsanspruch für die Vergangenheit. Für die Zukunft könnten die Leistungen allerdings neu festgesetzt werden, soweit sie bisher zu hoch gewesen seien. Das Urteil vom 12. März 2007. **(AZL 9 AS 33/06)** ist rechtskräftig.

Quellen bzw. Internet:

www.lsg-darmstadt.justiz.hessen.de

www.rechtsprechung.hessen.de

www.einblick.dgb.de

(ErSt)

Kein Abzug vom ALG II für Kinder mit getrennt lebenden Eltern

Kinder, die im Wechsel bei ihrer Mutter oder ihrem Vater wohnen, haben Anspruch auf den vollen Regelsatz beim Arbeitslosengeld II (ALG). Die zuständige Behörde darf die Tage, an denen sich das Kind beim anderen, nicht hilfebedürftigen Elternteil aufhält, bis zu einer endgültigen Entscheidung nicht in einen niedrigeren Leistungsanspruch umrechnen, wie das Sozialgericht Freiburg befand. Urteil vom 25. Mai 2007, **(AZ: S 9 AS 1774/07 ER).**

Im vorliegenden Fall hatte die ARGE die Regelleistung für das Kind um 39 Prozent gekürzt und dies damit begründet, dass das Kind zeitweise bei der nicht hilfebedürftigen Mutter lebe. Für diese Zeiträume bestehe kein Anspruch auf Leistungen zum Lebensunterhalt. Die Richter entschieden jedoch, dass Sachleistungen der Mutter für das Kind nicht ohne weiteres als Einkommen gewertet werden dürften.

Der Fall sei ähnlich gelagert wie bei

Hilfebedürftigen, deren Lebensunterhalt während eines Krankenhausaufenthaltes von der Krankenversicherung bezahlt werde und die nach bisheriger Rechtsprechung dennoch Anspruch auf volles Arbeitslosengeld II hätten.

Bis zu einer endgültigen Entscheidung im Hauptsacheverfahren müsse die ARGE daher den ungekürzten Regelsatz für das Kind zahlen, so das Sozialgericht in Freiburg.

Quelle: ddp.djn/rog/rab

Sommerfest 11. August 2007 ab 16.00 Uhr im Gartenhaus am Judenkirchhof 11c

Gesetz über öffentliche Sicherheit und Ordnung erneut verfassungswidrig

GRÜNE werfen der niedersächsischen Landesregierung einen unverantwortlichen Umgang mit der Rechtsprechung des BGH vor

Als erneuten Verstoß gegen die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts haben die Landtags-Grünen die vom Nds. Innenminister Schünemann vorgelegte Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (NdsSOG) bezeichnet.

"Die Landesregierung nimmt offensichtlich bewusst in Kauf, dass das Gesetz noch einmal vom höchsten Gericht gestoppt wird", sagte der innenpolitische Sprecher Hans-Albert Lennartz nach der Anhörung des Gesetzentwurfes im Innenausschuss. Ein derartiger Umgang mit der

Rechtsprechung sei unverantwortlich.

Bereits im Juli 2005 war die von Niedersachsen beschlossene vorbeugende Telefonüberwachung für verfassungswidrig und damit nichtig erklärt worden.

Weiterhin zulässig blieb die Telefonüberwachung beziehungsweise die Handy-Ortung zur Abwehr einer 'gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben'.

Auf die Kritik des Grünen Innenexperten stößt nun die Neufassung des betreffenden Paragraphen 33a, Abs. 3, nach der die Landesregierung die Telefonüberwachung nur dann ausschließt, wenn zu erwarten ist, dass das Telefongespräch ausschließlich Gegenstände privater Lebensverhältnisse betrifft.

Nach der Rechtsprechung des Bundes-

verfassungsgerichts scheidet die Überwachung schon dann aus, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass durch die Abhörmaßnahme auch Inhalte privater Lebensverhältnisse offenbar werden.

Lennartz: "Damit ist der vom Bundesverfassungsgericht geforderte Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung nicht gewährleistet, das vorgelegte Gesetz ist somit verfassungswidrig."

Quelle: Bündnis90/DIE GRÜNEN im Landtag Niedersachsen
Pressesprecher Rudi Zimmeck
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: 0511/3030-4205
Fax: 0511/329829

Rudi.Zimmeck@lt.niedersachsen.de

ALG-II-Empfänger muss Brille aus Regelsatz finanzieren

Empfänger von Arbeitslosengeld II (ALG II) oder Sozialgeld müssen eine Brille aus dem monatlichen Regelsatz finanzieren.

Es bestehe kein Anspruch auf ein rückzahlbares Darlehen, entschied das Oberverwaltungsgericht Bremen, Beschluss vom 19. März 2007, (AZ: S 1 B 77/07).

Es sei einem Leistungsempfänger zuzumuten, die Kosten für eine ent-

spiegelte Brille von 125 Euro anzusparsen. Nach Paragraph 23, Absatz 1 SGB II kann im Einzelfall ein Darlehen zur Anschaffung von Gegenständen gewährt werden, die an sich von der Regelleistung abgedeckt sind. Das Darlehen habe jedoch nur eine "Auffangfunktion" zur Überbrückung von "Bedarfsspitzen". In einem früheren Urteil hatte das Sozialgericht Darmstadt entschieden, dass ALG-II-Empfänger

grundsätzlich keinen Anspruch auf eine zusätzliche Beihilfe für die Anschaffung von Brillen oder Kontaktlinsen haben (Urteil vom 26. Januar 2007, AZ: S 19AS 238/06).

Das bei der Sozialhilfe übliche System einmaliger Beihilfen sei im Zuge der Umstellung auf das ALG II bis auf wenige Ausnahmen abgeschafft worden. Ein Darlehen könne aber im Einzelfall in Frage kommen. (Alp)

Weiter Chaos und Rechtsverstöße beim Arbeitslosengeld II

Der Bericht des Bürgerbeauftragten des Landes hatte am 30.05.2007 im Sozialausschuss des Landtags in Schwerin nach Angaben der sozialpolitischen Sprecherin der Fraktion der Linkspartei, PDS, Irene Müller ein weiteres Mal bestätigt, dass die Hartz-IV-Gesetze eine Unmenge von Fehlern und Widersprüche enthalten, die inzwischen seit mehr als zwei Jahren die Sozialgerichte bis hin zum Bundessozialgericht beschäftigen. "Letzteres hat inzwischen u.a. entschieden, dass ein Umzug in einen anderen Wohnort in der Regel

nicht zu veranlassen ist, um Kosten der Unterkunft zu senken", sagte Frau Müller. Die Sozialgerichte in Potsdam und Hannover wiederum hatten entschieden, dass die Kosten der Unterkunft auch in tatsächlicher Höhe länger als 6 Monate von der Arge übernommen werden müssen, wenn kein anderer angemessener Wohnraum nachgewiesen werden kann. "Auch Heizkosten müssen laut Gesetz in tatsächlicher Höhe gezahlt werden und Rückforderungen sollten in jedem Fall durch einen Rechtsbeistand geprüft werden", so Frau

Müller. Dafür hätten Betroffene Anspruch auf Beratungskostenbeihilfe. Auch wenn die Widerspruchsfrist bereits abgelaufen sei, bestehe die Möglichkeit, Bescheide wie Rückforderungen jeglicher Art anzufechten. Frau Müller fordert die Argen und die Kommunen im Land auf, die Entscheidungen der Gerichte bei ihrer Arbeit zu berücksichtigen und die Richtlinien und Dienstweisungen daraufhin zu überprüfen und zu korrigieren. Die Hartz-IV-Gesetze sind zu tiefst ungerecht. "Deshalb gehören sie abgeschafft", betonte Frau Müller. (DoMi)

Einführung Mindestlohn in Österreich: deutlich über Sozialhilfesatz.

Rund 30.000 Arbeitnehmer in Österreich sollen von der Einführung des Mindestlohnes profitieren, vor allem im Dienstleistungssektor und im Textilgewerbe. Die vereinbarte Summe von 1000 Euro brutto entspricht dabei einem Nettolohn von 818 Euro für Arbeiter und 820 Euro für Angestellte und liegt damit über dem Mindestsatz für Notstandshilfe von 726 Euro.

"Es muss sich in Österreich lohnen zu arbeiten", sagte WKÖ-Präsident Leitl. Die Regelung solle auch dazu beitragen, die Schwarzarbeit zu verringern. Der österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) und die Wirtschaftskammer (WkÖ) haben sich auf die Einführung eines Mindestlohns von 1000 Euro brutto geeinigt. Die Mindestlohngrenze soll für Vollzeit-Beschäft-

tigte und spätestens ab Jahresbeginn 2009 gelten und in den Tarifverträgen der einzelnen Branchen festgeschrieben werden, sagten ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer und WKÖ-Präsident Christoph Leitl bei einer Pressekonferenz.

Hundstorfer nannte den Mindestlohn einen "wichtigen Beitrag in Richtung Armutsbekämpfung". (Alp)

Bunt statt Braun - FÄHRMANN'S FEST, Fr. 3.8. - So. 5.8.07, Hannover Weddigenufer

@lptraum - BilderLesebuch im Juli: Recht auf Arbeit - Recht auf Faulheit

Autoren: Udo Achten, Petra Gerstenkorn, Holger Menze (Hg.)



Das vorgestellte BilderLesebuch beschäftigt sich mit einem grundlegenden Aspekt des menschlichen Daseins: der Arbeit. Es kommen - quer über die letzten ca. 150 Jahre - Autorinnen und Autoren zu Wort, die die verschiedenen Aspekte von Arbeit und Arbeitslosigkeit

behandeln: rechtlich, wirtschaftlich, sozial; aus ganz privater Sicht oder "hochoffiziell". Ergänzt werden die Texte durch Zeichnungen, Fotografien, Plakate und vieles andere mehr.

In der Jugendzeitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde Ende der Dreißiger Jahre eine Zeichnung von demonstrierenden Arbeitslosen mit einem Transparent "Gibt uns Arbeit!" abgedruckt. Dazu kommentiert eine 'feine Damemithündchen': "Lächerlich dieser Schrei nach Arbeit! Wir haben auch keine Arbeit und leben ganz gut!" Eine richtige Feststellung. Arbeitslosigkeit ist nur für die drückend, die nicht von Kapitalerträgen leben, sondern vom Verkauf ihrer Arbeitskraft. Drückend für Millionen von ArbeitnehmerInnen, die arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind.

Ob man nun Arbeitslosigkeit für ein "natürliches" Phänomen hält oder für ein gesellschaftlich bedingtes und somit veränderbares, hat Auswirkungen auf das Handeln. Dem Sozialstaatsgedanken liegt die Hoffnung zugrunde, das Problem der Arbeitslosigkeit zu mildern oder zumindest ihre Auswirkungen.

In der Forderung nach "Recht auf Arbeit"

drückt sich also der Anspruch auf staatliches Handeln aus. Dahinter stehen aber immer auch noch eine Reihe anderer Forderungen. Es geht nicht um Arbeit um jeden Preis: Es geht auch um den Lohn und die Arbeitsbedingungen.

Das Recht auf existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Arbeit für alle - auch für diejenigen, denen davon zu wenig oder nichts zur Verfügung steht, darum geht es in diesem Buch. Und auch darum, einem falschen Arbeitsethos entgegen zu steuern. Denn: **"Nicht um zu arbeiten leben wir, sondern wir arbeiten, um zu leben."** (Wilhelm Liebknecht 1826-1900)

1. Auflage 2007, ver.di b+b Düsseldorf, gebunden, 392 Seiten, ISBN: 978-3-931975-39-5,

Artikel-Nr.: 120017, Preis 39,80 €uro -

@lptraum-Kommentar:

Für Erwerbslose leider zu teuer.

Doch Rettung naht?

Ab einer Bestellmenge von 5 Exemplaren wird 40 % Rabatt auf den Einzelpreis gewährt.

E-Mail-Kontakt: verlag@verdi-bub.de,

Bestellformular und Infos:

www.verdi-bub.de

(ErSt)

@lptraum - Kontaktsuche: Wer kennt meinen PAP ?

Seit Hartz IV habe ich einen (meinen?) persönlichen Ansprechpartner (PAP) leider noch nicht kennen gelernt.

Und nun wird sie/er wohl schon wieder entlassen ?

@lptraum - Geruchsprobe: Wie man riecht...

Ist es hilfreich, wenn wir alle Bundesbürger auffordern, ihre dreckigen Socken an das Innenministerium zu schicken ?

Die Grünen-Abgeordnete Silke Stokar zu den von G8-Globalisierungskritikern genommenen Geruchsproben.

(Quelle: ver.di-NEWS)

@lptraum - Elfmeter für Hartz IV ?

"Hartz IV wird für alles verantwortlich gemacht.

Wenn der HSV wieder nicht gewinnt, was ich ihm nicht wünsche, Hartz IV."

Hamburgs SPD-Spitzenkandidat Michael Naumann über das schlechte Ansehen der Arbeitsmarktreform... (ErSt)

kritische Betrachtung EIN SOMMERNACHTS (ALP)TRAUM *kritische Betrachtung*

Eine gespielte Lesung mit Gedichten und Short - Storys des Schriftstellers CHARLES BUKOWSKI präsentiert von Schauspieler und Regisseur VOLKER KÜHN.

"Wenn morgens das erste Bier drin bleibt, kann der Tag ganz gut werden!" So lautete das Lebensmotto des amerikanischen Undergroundpoeten

Bukowski, der sich selbst als "dirty old man" der US - Literaturszene bezeichnete und mit seiner brutal - direkten Schreibweise in 70er und 80er Jahren auch in Deutschland absoluten Kultstatus erreichte. Entweder man ist von seinen Texten fasziniert, oder man findet sie zum Kotzen. Und Volker Kühn liest diese Texte nicht nur, sondern erweckt

die Personen darin mit Stimme und Mimik zum Leben, so dass jede Geschichte zu einem kleinen Theaterstück wird. **Soweit die Ankündigung. "Fasziniert oder zum Kotzen ?"**

Der Künstler hielt Wort. Bis auf zwei männliche Wesen hielt der Großteil des gemischten Publikums dann auch brav bis Ende der Veranstaltung durch. (HaDe)

Theatersketch für reale Arbeitslosenzahlen - Infos unter: www.hartz4-forum.de

@l p t r a u m

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

Juli - 2007

Unabhängig und absolut parteiisch

Jahrgang 3, Ausgabe 7

+++ lokal und aktuell +++

Mitstreiter findet ihr hier:



Montags - Demo - Hannover

Montags von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Offenes Mikrofon für jederman/frau & Kundgebung
Innenstadt, Georgstraße / Schiller-Denkmal
"Aufstehen gegen den Sozialkahlschlag!"

Erwerbsloseninitiative im Gartenhaus, montags 19.15 - 20.30 Uhr Treffen !

- danach: "gemütlicher Abend"
Im Gartenhaus am Judenkirchhof 11c
E-Mail-Kontakt: Rinzwind@gmx.de

NEU !!
im
Gartenhaus

IG Metall-Arbeitskreis "Erwerbslose"

Jeden 1.+3. Mittwoch im Monat 10.00 - 12.00 Uhr
IG Metall - Haus, Postkamp 12, 30159 Hannover

ver.di-Erwerbslosenausschuss Hannover

Jeden 1. Mittwoch im Monat 15.00 Uhr - 18.00 Uhr
in der Rotation, ver.di - Höfe, Haus C
Goseriede 10, 30159 Hannover (Üstra-Linie 10 +17)
ver.di - ELO im Bezirk Hannover Leine-Weser
E-Mail: Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de

erzählcafé bürgerinitiative gartenhaus

Mittwochs ab 16.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,
30167 Hannover-Nordstadt, Tel. 0173-7865348
in Zusammenarbeit mit "querkunst hannover"
E-Mail: wulf.huehn@querkunst-hannover.de

[ka:punkt] Beratungs- und Behandlungsstelle

Gruppenstraße 8 (Innenstadt) 30159 Hannover
"Offene Tür": ein Angebot der katholischen Kirche
Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Uhr, Sa. nur bis 14.00 Uhr
Anmeldung Beratung / Info: Telefon 0511 / 270 739-0

S.I.L.L. Sozial Initiative Linden Limmer e.V.

Struckmeyerstraße 9 (Linden) 30451 Hannover
"Erwerbslosentreff": Angebot der Linkspartei.PDS
Mo. Mi. Fr. 10.00 Uhr und Di. Do. 17.00-19.00 Uhr
Anmeldung / Info: Telefon 0152 / 04810599

Arbeitskreis Arbeitslose Linden

Donnerstags 10.00 Uhr - 12.30 Uhr
im Freizeitheim Linden (Raum U 5)
Fred-Grube-Platz 1, 30451 Hannover
E-Mail: info@arbeitslosenkreis-linden.de

... und im Anschluss in's "Café Net(t)"

Limmerstraße 5 / Küchengarten (Üstra-Linie10+700)



@lptraum: info@gegen-sozialabbau.de

Jetzt reich's!

**Politiker, die uns plagen,
werden wir verjagen !**

Jetzt reich's!



www.gegen-sozialabbau.de www.alptraum.org



Projektgruppe "Agenda 2010 kippen"

E-Mail: info@gegen-sozialabbau.de

@lptraum-Termine im Juli 2007:

Sonntag, 1.07.07, 913 Tage Hartz IV, 16.00Uhr:

flora motte live - Abschlussfest zur 120. Sendung flora motte: Hof der Kornbrennerei Hainholz, Bertramstraße 4, 30165 Hannover - Info: WulfHühn, Tel. 0511 - 350 33 66

Sonntag, 1. Juli 2007, 11.00 bis 22.00 Uhr:

2. SAF SAP - Afrikanischer Kulturmarkt Linden
Eintritt frei! - (auch Samstag, 30. Juni 07, 16-22 Uhr)
Ort: Freigelände Faust - Mitten im Herzen von Linden.
Initiative für ein Internationales Kulturzentrum (IIK e.V.),
APP - Die Umweltinitiative, FAUST e.V., Africa Forum...

Montag, 2. Juli 2007, 10.00 bis 12.00 Uhr:

"Montagstreff" der IG Metall-Senioren und Gäste imFZH
Ricklingen, R 24, Ricklinger Stadtweg 1, 30459 Hannover

Dienstag, 3. Juli 2007, bereits ab 16.30 Uhr:

AfterWorkBildung 2007: **Betriebe in Veränderungen** - eine
Fahrradrundfahrt auf den Spuren Hannoverscher Traditions-
betriebe - Start: ver.di-Höfe, Goseriede 10, 30159 Hannover

Samstag, 7. Juli 2007, Kreuzkirche, 15.00Uhr:

"Turmbesteigung" wunderbare Aussicht in ca. 60 m Höhe
3,- Euro, GoldenerWinkel, Hannover-Altstadt, Tel. 36437-0

Freitag, 13. Juli 2007, RoteAktion Kornstraße:

Aktionen gegen das 34. Sommerbiwak der 1. Panzerdivision
der Bundeswehr: Stadtpark am Hannover Congress Centrum
(HCC) - Weitere Infos unter: RAK@UJZ-Korn.de

Damals vor 75 Jahren, ... anno 17. Juli 1932:

In mehreren deutschen Städten kommt es zu Krawallen
zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Allein in
Altona bei Hamburg werden am "Altonaer Blutsonntag"
18 Menschen getötet... (Quelle: www.dgb.de)

Sonntag, 29. Juli 2007, Stadtteifflohmarkt Linden:

Ramsch, Trödel, Kitsch & Schnäppchen jeden Sonntag
in den Sommermonaten auf dem Faust-Gelände in Linden.
Aufbau 10 Uhr, Beginn 11 Uhr - Infos: www.faustev.de

Dienstag (!), 31. Juli 2007, "1-Euro-Job-@gentur"

Seit über 11 Jahren traditioneller Jagoda-Gerster-Weise-Tag
(Verkündung der aktuellen mtl. @rbeitslosenzahlen für Juli)
Infos siehe: <http://statistik.arbeitsamt.de/statistik/index.php>
Termine für zentrale Pressekonferenzen: www.arbeitsagentur.de

**Laut Regelsatz stehen ALG-II- und Sozialgeld-Empfängern
monatlich 4,63 Euro für "Freizeit & Kultur" zur Verfügung!
Der Mobilitätsanteil beträgt 14,- Euro für den BG-Vorstand.**



Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit.
Spendenkonto: H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4
BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

@lptraum gelesen und als interessant befunden ? Mitmachen - Weitergeben